



Großinsatz in Minden: Polizei und Rettungskräfte stehen vor der Volksbank (l.). Von den Tätern fehlte am Abend jede Spur. FOTO: N. SCHWAN

Streit um neue Tempolimits auf Stadt- und Landstraßen

Polizeigewerkschaft will Autofahrer bremsen: Innerorts nur 30, sonst 90 km/h

VON HUBERTUS GÄRTNER
UND NICLAS JUNKER

■ **Düsseldorf.** Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert mehr generelle Tempolimits. „Wir brauchen endlich eine ernsthafte Diskussion über Tempo 30 in den Innenstädten und Tempo 90 auf den Landstraßen“, sagte ihr Landesvorsitzender Arnold Plickert auf einem Verkehrsforum in Düsseldorf. Das Thema bleibt allerdings heftig umstritten.

Durch die Einführung von Tempo 30 als innerörtliche Höchstgeschwindigkeit ließe sich das Unfallrisiko „deutlich senken“, ist die GdP überzeugt. Trotz massiver Ausweitung der Geschwindigkeitskontrollen seien in den ersten neun Monaten dieses Jahres in NRW fast 10.000 Menschen im Straßenverkehr schwer verletzt worden. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeute dies eine Steigerung von 8,6 Prozent. „Mit Blitzen werden wir dieses Problem nicht lösen“, sagte Plickert. Massive Bedenken gegen die Forderungen der Polizeige-

werkschaft äußert der ADAC. Würde Tempo 30 generell eingeführt, könnten viele innerörtliche Straßen „ihrer Bündelungsfunktion nicht gerecht werden“, sagt ADAC-Sprecher Ralf Collatz. Die Folge seien dann „Schleichverkehre durch Wohngebiete, weil damit keine Zeitnachteile mehr verbunden wären“. Beeinträchtigungen würden sich seiner Ansicht nach auch für den ÖPNV ergeben, da Busse abseits der Hauptverkehrsstraßen nur noch 30 km/h fahren dürften. Zeit- und Komforteinbußen für den ÖPNV wären die Folgen. Auch eine „Zunahme des Schilderwaldes“ sei zu befürchten, sagte Collatz. Nach Ansicht des ADAC reicht das in der Straßenverkehrsordnung vorgesehene Instrumentarium zur Verkehrsberuhigung vollkommen aus. Danach können die Kommunen „verkehrsberuhigte Zonen mit Tempo 30“ festlegen.

Ähnlich äußerte sich auch NRW-Verkehrsminister Michael Groschek (SPD). „Es muss einen Anreiz geben, das Vorrangstraßennetz mit seinem besseren Ausbaustandard zu nutzen, damit der Verkehr sich

INFO

Bundessache



◆ Einzelne Städte und Kommunen in OWL haben keine Entscheidungsmacht, was die Forderungen der Polizeigewerkschaft angeht.

◆ „An bestimmten Stellen gibt es hier schon Tempo-30-Zonen, aber eine generelle Änderung der Verkehrsordnung obliegt nicht den Städten, sondern dem Bund“, sagt Dietmar Schlüter vom Pressesamt der Stadt Bielefeld.

nicht in die Wohngebiete verlagert“, sagte er auf Anfrage dieser Zeitung. Auch auf Landstraßen hätten sich „differenzierte Geschwindigkeiten bewährt“. Die pauschale Forderung nach Absenkung auf Tem-

po 90 werde „Akzeptanzprobleme hervorrufen“.

Bernhard Steinauer, Verkehrsexperte der TH Aachen, stellt Geschwindigkeit als Hauptproblem in Frage. „Gerade auf Landstraßen sollten die Verantwortlichen überlegen, weniger Alleen zu pflanzen. Zu viele Menschen sterben, weil sie gegen einen Baum fahren.“ Er sieht die Forderungen der Polizeigewerkschaft als „völlig übertrieben“ an. „Fakt ist, dass die Zahl der schweren Verkehrsverletzungen in den letzten Jahren rapide gesunken ist.“

Der wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat bereits 2010 für Tempo 30 innerorts plädiert. „Eine Begrenzung auf 30 km/h in Ortschaften meint nicht, dass auf auszuweisenden Strecken nicht auch höhere Geschwindigkeiten erlaubt werden können. Aber die ‚Beweislast‘ wird umgekehrt: Es muss begründet werden, warum schneller gefahren werden darf – und nicht, wie heute, warum langsamer gefahren werden muss“, so Beiratsmitglied Bernhard Schlag.

➤ *Kommentar*